

Budget 2025/26: Mehr Geld für Bildung und neue Chancen für Kinder!

Der Nationalrat berät am 5. Juni 2025 über das Bildungsbudget 2025/26, mit Fokus auf Sprachförderung und Lehrerbildung.



Nachrichten AG

Wien, Österreich - Am 5. Juni 2025 steht der österreichische Bildungshaushalt im Fokus der politischen Debatte. Der Budgetausschuss des Nationalrats berät aktuell über den Budgetvoranschlag für die Jahre 2025 und 2026, wobei Bildung zu einem der zentralen Themen avanciert. Laut Informationen von OTS werden für das Bildungswesen im Jahr 2025 insgesamt rund 12 Milliarden Euro und im Jahr 2026 etwa 12,5 Milliarden Euro bereitgestellt, was rund 9,7 Prozent der Gesamtausgaben entspricht.

In den Bereichen Sprachförderung, Ausbildungsplätze, eine Erweiterung des Kindergartenjahres sowie der Lehrer:innenbildung sind zusätzliche Mittel vorgesehen. Für

2025 wird ein Anstieg der Bildungsausgaben von etwa 407 Millionen Euro eingeplant, während für 2026 ein Zuwachs von 551 Millionen Euro prognostiziert wird. Bildungsminister Christoph Wiederkehr hebt hervor, wie wichtig die Maßnahmen zur Attraktivierung des Lehrer:innenberufs sind.

Investitionen in die Elementarpädagogik

Ein zentrales Anliegen des aktuellen Budgets ist die Elementarpädagogik. Hier werden im Jahr 2025 rund 210 Millionen Euro und 314 Millionen Euro im Jahr 2026 eingeplant. Ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr soll ab September 2026 eingeführt werden. Minister Wiederkehr kündigte zudem die Einführung des Projekts „gesunde Jause“ an, das mit jährlichen 20 Millionen Euro über die Jahre 2026 bis 2029 finanziert werden soll.

Die „Qualitätsoffensive Elementarpädagogik“ soll mit 10 Millionen Euro im Jahr 2025 und ab 2026 jährlich mit 15 Millionen Euro gefördert werden. Die Bemühungen zur Verbesserung der Deutschkenntnisse in Schulen und Kindergärten werden als eine der obersten Prioritäten des Bildungsressorts anerkannt. Dazu gehört ein Budget für Deutschförderung von 55 Millionen Euro im Jahr 2025 und 90 Millionen Euro im Jahr 2026.

Chancenindex und soziale Gerechtigkeit

Ein innovatives Konzept zur Bekämpfung von Bildungsungleichheit ist der Chancenindex, der insbesondere sozialen benachteiligten Schulen zugutekommen soll. Im Jahr 2025 sind dafür 20 Millionen Euro eingeplant, während ab 2026 jährlich 65 Millionen Euro zur Verfügung stehen sollen. Eine weitere relevante Entwicklung stellt die Diskussion um einen Rechtsanspruch auf das 11. und 12. Schuljahr für Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf dar.

Die Regierungsparteien haben zudem zwei

Entschließungsanträge ins Plenum gebracht, die sich mit der „Qualitäts- und Ausbauoffensive“ in der Elementarpädagogik und der Deutschförderung in Schulen und Kindergärten befassen. Dies zeigt ein breites politisches Einvernehmen über die Notwendigkeit, die frühkindliche Bildung zu stärken. Die Grünen haben zudem Bedingungen für verbindliche Mindestqualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung gefordert.

Öffentliche Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

Im Vergleich zu anderen Ländern sind die Bildungsfinanzen auch in Deutschland von großer Bedeutung. Hierbei umfasst das Bildungsbudget sowohl öffentliche als auch private Ausgaben, die für Bildung, Forschung und Wissenschaft verwendet werden. Diese Ausgaben sind nicht nur wichtig für die allgemeine Schulbildung, sondern auch für die Hochschulbildung und berufliche Ausbildung. Statistiken zeigen unterschiedliche Ausgaben je Schüler und Studierenden, die auch nach Bundesländern differenziert aufgeführt sind.

Die Bemühungen, die Bildungsausgaben zu erhöhen und die Qualität der Bildung zu sichern, sind unumstritten. Die Herausforderungen, die im Bildungsbereich bestehen, erfordern gezielte Maßnahmen und Investitionen für eine zukunftssichere Bildungspolitik. Dabei stehen sowohl die Bundesregierung als auch die Länder und Gemeinden in der Verantwortung, um eine gerechte Bildungslandschaft zu gewährleisten.

OTS berichtet, dass ...

Das Parlament informiert über ...

Destatis bietet Einblicke in ...

Details	
Vorfall	Gesetzgebung

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.parlament.gv.at • www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at